

# Brokdorf-Prozeß-Info

6.10. 1979

Nr. 4



Fortsetzung der  
Gerichtsverhandlung  
ab 26. November 1979  
Schleswig

Kontakte:

Prozeßgruppe Brokdorf c/o  
Paulsen, Arentsee,  
2211 Brokdorf, Tel. 04858/538

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU  
Hamburg c/o Laden, Lutteroth-  
str. 33, 2000 Hamburg 19,  
Tel. 040/402782

## Wende im Prozeß Vertagung bis Ende November

### Worum geht es im Prozeß?

Als am 26. 10. 1976 die Polizei das Baugelände des geplanten Atomkraftwerks bei Brokdorf besetzte, hatten die Antragsteller, Hamburgische Elektrizitätswerke (HEW), Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) und Kraftwerkunion (KWU) vom Sozial- wie auch vom Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein eine 1. Teilerrichtungs-genehmigung (TEG) erhalten.

Mit zwei großen Demonstrationen am 30. 10. und 13. 11. 1976 haben Tausende gegen den Bau eines AKW in Brokdorf protestiert.

Mit Unterstützung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) haben unter anderen 9 Einzelkläger und 4 Gemeinden aus der Umgebung des Standortes Klage erhoben und einen Baustopp-Antrag gestellt. Das Verwaltungsgericht Schleswig (VG Schleswig) hat den Baustopp im Dezember 1976 angeordnet, und das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg (OVG Lüneburg) hat ihn im Oktober 1977 bestätigt, begründet mit der ungeklärten Entsorgung.

Fast 3 Jahre nach dem Baustopp, im Sommer 1979, haben die Antragsteller (HEW, NWK und KWU) nun das VG Schleswig aufgefordert, jetzt über die Klage zu entscheiden.



## Was ist in der vergangenen Woche geschehen?

An den ersten vier Verhandlungstagen im Brokdorf-Prozeß wurde deutlich, daß das Gericht das Verfahren schnell und möglichst problemlos durchziehen wollte, um rasch zu einer Entscheidung zu kommen. Der Termin war äußerst kurzfristig angesetzt worden, die Verhandlung fand in gedrängter Form statt (bei keinem Verfahren dieser Bedeutung sonst ist es üblich, daß eine ganze Woche ohne Pause verhandelt wird). Das Gericht wollte nur die Behörden-gutachter hören und meinte wohl, damit sei es getan. Diese Rechnung ging aber nicht auf!

Erstens hatten wir von der Prozeßgruppe noch in aller Eile eine Klageschrift angefertigt, die in ihrer Themenstellung weit über die Themen der Behörden-gutachter hinausgeht. (Uns ist wiederholt vorgeworfen worden, daß wir für die Klageschrift 3 Jahre Zeit gehabt hätten. Aber: Selbst wenn wir die Klageschrift schon vor langer Zeit eingereicht hätten, hätte das Verfahren auf Veranlassung der Gegenseite doch genauso geruht wie jetzt. Und zu dieser plötzlich einberufenen Verhandlung hätten wir doch den aktuellen Diskussionsstand noch einbringen müssen - gerade bei den Themen, die vom Gericht nicht angesprochen waren, vor allem bei der Entsorgung!) Zweitens haben die Kläger darauf bestanden, in der Verhandlung nicht nur ihren Rechtsanwalt und die wissenschaftlichen Beistände sprechen zu lassen, sondern sich selbst zu vertreten und ihre Betroffenheit und ihre Interessen vorzutragen. (Dies hatte am ersten Tag dazu geführt, daß die Kläger unter Protest den Saal verließen, weil das Gericht ihnen nicht das Wort erteilen wollte. An den folgenden Tagen jedoch haben sie mehr und mehr selbst in der Verhandlung das Wort ergriffen.)

Drittens zog sich die Befragung der Behörden-gutachter ungeheuer in die Länge, weil die meisten von ihnen unseren gezielten Fragen auswichen und wir sie teilweise etwas unsanft in die Zange nehmen mußten.

Viertens kamen sich die verschiedenen Klägergruppen ins Gehege, und es wurde klar, daß das Gericht die ganze Sache nicht so schnell unter einen Hut bringen kann wie es wohl wollte. (Zur Erklärung: Außer den Klägern aus der Wilster Marsch mit der Hamburger Prozeßgruppe - Rechtsanwalt Günnemann - ist auch Walther Soyka da, der ca. 260 Kläger vertritt - einige von ihnen sind persönlich da - , sowie einige Einzelkläger.)

Der Zeit-plan geriet also in dieser ersten Woche ständig mehr in Verzug; die Richter aber schoben eine Diskussion über eine Fort-

## Stellungnahme der Prozeßgruppe der BUU-Hamburg zum Verlauf des Prozesses

(Donnerstag, 4. 10. 79, zu Beginn der Verhandlung)

Als wissenschaftliche Beistände der 9 Kläger gegen das geplante AKW Brokdorf und als Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe müssen wir hier eine Stellungnahme zum Verlauf des Prozesses abgeben:

Wir müssen feststellen, daß dieser Prozeß ein absolut unnormales Verfahren ist.

Nachdem die Klage 3 Jahre lang ruhte, wird nun der Prozeß in merkwürdiger Hektik durchgezogen. Im Juli vergangenen Jahres noch befragte das Gericht die Betreiber, ob die Auflagen des Oberverwaltungsgerichts im Hinblick auf eine gesicherte Entsorgung durch die Verträge mit der französischen Wiederaufarbeitungsfirma COGEMA (La Hague) erfüllt seien. Die Betreiber erklärten 5 Monate später, daß sie einen Termin derzeit für verfrüht hielten.

Am 20. Juli dieses Jahres, 3 Monate nach den Landtagswahlen, haben die Betreiber dann das Gericht aufgefordert, nun endlich zu verhandeln. Innerhalb von 3 Wochen wurde eine Verhandlung anberaumt, der Gerichtstermin auf 7 Wochen später festgesetzt, so daß der Klägerseite kaum Zeit für die Erstellung einer Klageschrift blieb. Bis zum Prozeßbeginn lag von Seiten des Gerichts keine inhaltliche Struktur der zu behandelnden Fragen vor.

Schon hieraus wird deutlich, daß es dem Gericht offensichtlich nicht um eine Klärung aller strittigen Fragen, sondern um eine rasche Entscheidung in einem unangenehmen und politisch brisanten Fall geht.

Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Art und Weise der Prozeßführung:

- Stellungnahmen der Kläger zu ihrer Situation und zu ihrer besonderen Betroffenheit, die sie vor Beginn der Detailerörterung darstellen wollten, werden vom Gericht - auf Drängen des Vertreters des öffentlichen Interesses - nicht zugelassen. Daß hier Menschen mit ihrem Leben von dem Bau des AKW's betroffen sind, sollte hier wohl nicht deutlich werden.
- Der Prozeßablauf ist derart gedrängt, daß Anwalt und Beistände der Kläger an einer sachgerechten Aufarbeitung des Prozeßmaterials gehindert sind.
- Bei der Befragung der Sachverständigen wurde uns Beiständen eine geschlossene und gezielte Überprüfung ihrer Aussagen äußerst erschwert. Immer, wenn es deutlich wurde, daß die Gutachten Lücken und Widersprüche aufwiesen, die die Sachverständigen nicht klären konnten, wurde vernebelt: Das Gericht ließ Ent-



lastungsfragen zu, die Betreiber-Anwälte produzierten Konflikte und Ablenkungsmanöver, es wurden Verhandlungspausen eingelegt. Eine weitere Chaotisierung entstand durch das Durcheinanderwürfeln der Fragenkomplexe verschiedener Klägergruppen zu verschiedenen Themen.

Daraus müssen wir den Schluß ziehen, daß das Gericht parteilich ist und nur an einem schnellen Urteil interessiert ist, dessen Richtung längst festliegt.

Für uns kann der jetzige Termin nur einen Sinn haben, wenn er aufgefaßt wird als ein Termin, auf dem strittige Fragen herausgearbeitet werden und die Grundlage für eine gründliche Hauptverhandlung geschaffen wird, in der die Interessen der betroffenen Bevölkerung berücksichtigt werden. Diese kann erst stattfinden, wenn das Gericht einen ausführlichen Fragenkatalog erstellt hat und alle erforderlichen Entscheidungsunterlagen vorliegen.

Für die restlichen beiden Verhandlungstage der Prozeßrunde bestehen wir auf der Möglichkeit, unsere Fragen an die Gutachter ungestört und in geschlossenem Zusammenhang stellen zu können. Uns geht es um die sachliche Klärung im Interesse der Betroffenen.

Und im übrigen müssen wir noch einmal feststellen:

Wir haben nicht Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf geleistet, um jetzt hier an einem Gerichtsverfahren teilzunehmen, das schließlich der Stoltenberg'schen Landesregierung als Legitimationsbasis dient!

setzung des Termins immer wieder hinaus. Sie deuteten nur an, daß es am Mittwoch der kommenden Woche (10. 10.) weitergehen werde.

Diese Situation fanden wir zunehmend unerträglich. Wir von der Prozeßgruppe gaben am Donnerstag morgen (4. 10.) vor Gericht auch schon eine Stellungnahme dazu ab (siehe Kasten).

Wir stellten fest, daß bei der Befragung der Behördengutachter jede Menge offener Probleme und Widersprüche geblieben war. Das Gericht aber schien am meisten daran interessiert, sie nicht zur Kenntnis zu nehmen und mit der Verhandlung schnell weiterzukommen. Wir wollten aber Zeit haben, um das Material zu verarbeiten und gut begründete Beweisanträge stellen zu können.

Wir sind im Gegensatz zu den Behördengutachtern keine berufsmäßigen Gutachter; im Gegensatz zu den Anwälten und Vertretern der Gegenseite sind wir keine professionellen

Lobbyisten. Wir sind Bürger mit verschiedenen Berufen, auch wir Wissenschaftler von der Prozeßgruppe. Es ist uns unmöglich, an den Abenden einer halben Woche das Material einer ganzen Woche Verhandlung aufzuarbeiten.

Da wir aber wissen, daß auch die Richter nicht in einer halben Woche mit diesem umfangreichen Material fertigwerden können, war für uns folgendes klar:

Entweder wollen sie nicht zur Kenntnis nehmen, wie viele Probleme noch ungeklärt sind und welches Interesse die Kläger an einer Aufklärung haben, und ein schnelles Urteil verkünden. Dann aber wissen wir nicht, warum wir weiter mitmachen sollen.

Oder sie sind wirklich an einer gründlichen Prüfung interessiert, dann müssen sie selbst aber einen kleinen Aufschub einlegen.

Am Donnerstag abend (4. 10.) einigten wir, Kläger aus der Wilster Marsch und Prozeßgruppe Hamburg, uns darauf, einen Aufschub bis zum 17. 10. zu verlangen. Falls die Richter dies nicht gewähren würden, wollten wir nicht länger an dem Verfahren teilnehmen.

Am Freitag morgen (5. 10.) kam dann die mit Spannung erwartete Diskussion über die Fortsetzung der Verhandlung. Wir stellten unseren Standpunkt dar und verlangten Vertagung bis zum 17. Oktober. Die Gegenseite verlangte Fortsetzung der Verhandlung am nächsten Mittwoch (10. 10.). Auffällig war hier, wie überhaupt in dieser ganzen Woche, daß der Anwalt der KWU am entschiedensten auftrat. (Dabei ist nicht die KWU, sondern das Sozialministerium von Schleswig-Holstein die beklagte Partei.) Die Anwälte des Sozialministeriums beschränkten sich auf gelegentliche Einwürfe. Bei der Diskussion um die Fortsetzung der Verhandlung gaben sie sogar zu erkennen, daß sie gegen einen Aufschub nichts hätten. Tatsächlich scheint es große Interessengegensätze zu geben: Während das Land Schleswig-Holstein das brisante Thema Brokdorf nicht so schnell wieder aufwärmen will,<sup>\*)</sup> befindet sich die KWU in größten Schwierigkeiten, wenn sie nicht schleunigst wieder neue AKW-Aufträge erhält.

Die Richter zogen sich, nachdem Bürgermeister Sachse, einer der Kläger, noch eine entschiedene Stellungnahme abgegeben hatte,

<sup>\*)</sup> Aussage eines schleswig-holsteinischen CDU-Politikers auf der Podiumsdiskussion im Rahmen der Brokdorf-Prozeß-Aktionswoche in Schleswig am 4. Oktober:  
Das AKW Brokdorf soll ja hauptsächlich wegen Hamburg gebaut werden, weil der Strom dahin fließen soll. Nun will die SPD Hamburg nichts mehr von der Atomenergie wissen: Und wir sollen denen wohl die Kastanien aus dem Feuer holen???



## Stellungnahme von Bürgermeister Sachse zur Vertagung des Prozesses (5.10.79)

Als Vertreter eines örtlich beschränkten öffentlichen Interesses schleppe ich die Unterlagen eines für das breite öffentliche Interesse recht interessanten Kuhhandels zwischen der Landesregierung und der Gemeinde Brokdorf (wobei der eigentlich beschämende Teil nicht der Gemeinde zukommt) seit fünf Tagen zwischen Wewelsfleth und Schleswig hin und her. Und gleich am ersten Tage mußte ich erfahren, daß der Vertreter dieses öffentlichen Interesses in diesem Verfahren stets im Sinne der Beklagten votiert und dabei auch mitentscheidet, wann, wo und ob wir überhaupt zu Wort kommen.

Seitdem bin ich echt irritiert: Darf ich hier noch für meine Gemeinde sprechen, die ich in zwei Urabstimmungen zu diesem Thema befragt habe, oder nur noch für meine zehn Gemeinderäte, oder gar nur für das Interesse, das das öffentliche Interesse, vertreten durch Herrn Dr. Busch, an mir hat?

Nun wird kurzfristig und überraschend das Verfahren wieder aufgenommen, was den Betreibern noch vor einigen Monaten nicht opportun erschien, just in einer manipulierten Ölkrise wie seinerzeit im Jahre 1973. In beiden Fällen fungierte die Ölkrise als psychologischer "Weichmacher". Die Atomlobby in Regierung und Parteien prügelt fast täglich in den Medien auf uns ein, daß wir die Nation um ihren Kernspaltöfen bringen wollen und um die Arbeitsplätze drum herum. Da gibt es in letzter Minute einen faulen Kompromiß zur Entsorgung, und der Kanzler persönlich breitet Ihnen einen Teppich, daß Sie trockenen Fußes ans Ziel kommen.

Da marschieren dieselben Gutachter auf, deren offensichtliche Parteinahme für die Betreiber uns aus vier Erörterungsterminen zur Genüge bekannt ist bis zum körperlichen Unwohlsein.

Da wird nachgefragt, ob die Gutachter im Saal sind, wieviel Zeit sie noch haben, und am Ende werden sie ganz ungeniert von den Betreibern als Schützenhelfer beglückwünscht, wie ich gestern am Nebentisch beobachtete.

Da hat man viel Zeit für eine mündliche Korrektur der Klägerdaten und keine Zeit in der ursprünglich vorgesehenen Verhandlungsdauer für die Reaktorsicherheit und die Entsorgung. Da muß unser Rechtsanwalt mit seinen Sachbeiständen jede Nacht den Prozeßverlauf nacharbeiten, damit sie Ihren hochdotierten Experten Paroli bieten können, was ihnen nach meiner Meinung in bewundernswürdiger Bravour gelungen ist.

Meine Herren Richter, Sie wissen doch am besten, welche politische Bedeutung diesem Prozeß beigemessen wird, und können diese wichtige Entscheidung doch nicht wegen Terminschwierigkeiten aufs Spiel setzen!

-4-

zur Beratung zurück, und was wir selbst nicht zu verlangen gewagt hätten, wurde nun verkündet: Die Verhandlung wird sogar einige Wochen, nämlich bis zum 26. November, unterbrochen! Dann soll es, nachdem in dieser Woche die Behördengutachter gehört worden sind, um das Thema Entsorgung gehen. Außerdem werden die Beweisanträge gestellt und die Plädoyers gehalten.

Wir stellen fest:

Das anfängliche Vorgehen des Gerichts ist gescheitert. Das Gericht wollte sich von den Behördengutachtern dieselben Sachen, die diese schon im Genehmigungsverfahren verzapft hatten, nochmal erzählen lassen und die Verhandlung schnell durchziehen.

Andererseits wurde an der uneinheitlichen Verhandlungsführung des Gerichts auch deutlich, eine wie große politische Unsicherheit gegenwärtig in den Parteien zum Thema Atomenergie herrscht. Diese Unsicherheit hat sich natürlich auf das Gericht mitgeteilt, für das die anstehende Entscheidung zu Brokdorf unangenehm und schwierig ist und das deshalb die Sache durchziehen wollte, ohne sich viel von den Problemen der Kläger stören zu lassen.

Wir waren anfangs in der Defensive:

Wir mühten uns mit diesen parteilichen Gutachtern ab und mußten zusehen, wie das Gericht ihnen Schützenhilfe gab.

Jetzt hat sich das Blatt gewendet: Die Richter können über unsere offenen Fragen nicht mehr hinwegsehen.

Eins aber ist klar: Die Richter konnten in den ersten Tagen dieses Spiel nur deshalb mit uns spielen, weil wir fast allein vor ihnen standen. Der Saal war fast leer, wir haben uns von der Anti-AKW-Bewegung ungeheuer im Stich gelassen gefühlt!

Alle AKW-Gegner sollten sich klarmachen: Wir können den jetzt erkämpften Vorteil nur dann ausnutzen, wenn in der nächsten Verhandlungsrunde wesentlich mehr Öffentlichkeit anwesend ist. Wir sind keine Stellvertreter vor Gericht! Die Vorkämpferrolle, die uns gegen unseren Willen in dieser Woche zugefallen ist, hat uns überfordert und auch deprimiert.

Wir fordern daher alle AKW-Gegner auf, in wesentlich größerer Anzahl am 26. und 27. November (sehr wahrscheinlich auch noch weitere Tage) beim Prozeß anwesend zu sein!

Wer Zeit hat, nach Bonn zu fahren, hat auch Zeit, nach Schleswig zu kommen !!!

Wenn wir wochenlang auf unsere Freizeit verzichten, um uns auf den Prozeß vorzubereiten, und teilweise eine ganze Woche Urlaub opfern, können wir von anderen AKW-Gegnern erwarten, einmal, wenn nötig, einen Tag Urlaub dafür zu nehmen!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!